Panorama Nr. 725 vom 06.05.2010

Griechenland: Chronik eines absehbaren Desasters

Anmoderation
Anja Reschke:
„Das ist ja ein schwieriges Thema für unsere Politiker. Wie verkaufen wir das der Bevölkerung. Da gibt es ein paar Regeln: Suchen Sie Schuldige. Die faulen, korrupten Griechen zum Beispiel oder – auch sehr beliebt – die gierigen Spekulanten. Wichtig ist: Schuld sind immer die anderen. Betonen Sie das bei jeder Gelegenheit. Nicht, dass jemand auf die Idee kommt, Sie nach der Verantwortung zu fragen."

Schon wieder wird hier im Bundestag über viel Geld entschieden, sehr viel Geld: Milliarden für Griechenland. Jetzt müssen Sündenbocke her.

Frage
Panorama:
„Wer sind denn die Hauptschuldigen an der Griechenlandkrise?"

O-Ton
Alexander Dobrindt,
CSU:
„Es ist eindeutig so, dass die Griechen über Jahrzehnte hinweg mehr Geld ausgegeben haben, als sie eigentlich verdient haben und dass auf der anderen Seite eine Spekulationssituation eingetreten ist."

O-Ton
Kerstin Müller,
Grüne:
„Hauptverantwortlich mit ist natürlich ein Kapitalmarkt und ein Finanzmarkt, der auf den Bankrott von Staaten wettet."

O-Ton
Andrea Nahles,
SPD:
„Auch Zocker und Spekulanten, die in den letzten Wochen Griechenland in die Knie gezwungen haben."

O-Ton
Joachim Poß,
SPD:
"Die Spekulanten, die jetzt an der Krise noch verdienen wollen."

Klar, die Spekulanten haben die Griechenland-Krise verschärft. Doch verursacht hat sie die Politik. Inge Gräßle sitzt im EU-Haushaltskontrollausschuss. Sie muss es wissen. Die Schuld den Spekulanten zu geben – für sie nur eine Ausrede.

O-Ton
Inge Gräßle, CDU,
EU-Haushaltskontrollausschuss:

„Wenn man jetzt sagt, dass sie daran schuld sind an der ganzen Situation, dann glaube ich hat man die letzten zehn Jahre und die Untätigkeit der letzten zehn Jahre wirklich ausgeblendet. Und man hat auch die ganzen Probleme ausgeblendet, die man in Griechenland wirklich vor sich hin hat verrotten lassen“

Fast zehn Jahren Politikversagen.

2001: Griechenland bekommt den Euro. Griechenland wird Mitglied der Währungsunion. Wenig später wird dort pompös der Euro eingeführt.

Und damit beginnt die griechische Tragödie. Von Anfang an drücken die Politiker die Augen zu. Griechenlands Schulden sind ganz offiziell zu hoch, verletzen alle Regeln, sodass führende Banker damals von einer Aufnahme abraten.

O-Ton
Hans Reckers,
ehem. Vorstand Deutsche Bundesbank:
„Weil Griechenland die Voraussetzungen des Maastricht-Vertrages eindeutig nicht erfüllte. Griechenland hatte 105 Prozent Staatsverschuldung, der Maastricht-Vertrag erlaubt nur 60 Prozent. Und auch das Kriterium einer niedrigen Inflationsrate war nicht eingehalten. Aber entgegen dem Rat mancher Fachleute haben die Regierungen damals die Aufnahme Griechenlands beschlossen.“

Und sogar griechische Politiker prangern 2001 öffentlich die „kreative Buchführung“ ihres Landes an. Ihre eindringliche Warnung: Griechenland vertusche seine tatsächliche Staatsschuld.

Aber nichts passiert. Der Grund. Kanzler Schröder und Frankreichs Staatschef Chirac machen selber zu viel Schulden und versuchen immer wieder den Euro-Stabilitätspakt aufzuweichen.

Nachgesprochen
Jaques Chirac,
Französischer Präsident,
September 2003:
„Es geht nicht darum, den Pakt zu verändern. Es geht darum, zu schauen, wie man den Pakt vorübergehend lockern kann.“

O-Ton
Gerhard Schröder, SPD,
Bundeskanzler,
März 2005:
„ Dass von der ursprünglichen Richtlinie jedenfalls die Dinge, nicht übrig bleiben, die die Menschen in unsern Ländern besonders betreffen und die sie auch in Angst und Schrecken versetzen. Das darf man ja nicht übersehen dabei.“

O-Ton
Inge Gräßle, CDU
EU-Haushaltskontrollausschuss:
„Die Schröderregierung hat den großen Fehler gemacht, dass sie die Tür aufgemacht hat für die anderen, die dann massiv reingedrückt haben. Es war so viel bequemer für

Schröder in die Verschuldung zu gehen statt einen Sparkurs zu fahren, den Maasstricht-Vertrag einzuhalten. Das war die globale Einladung für alle, gegen den Maastricht-Vertrag zu verstoßen, weil klar war: da passiert ja nichts. Und genauso war's."

Von Schröder dazu kein Interview für Panorama.

2004: Griechenlands Fälschungen werden amtlich. Nach einem Regierungswechsel gesteht Griechenland zum ersten Mal ganz offiziell den Schuldenschummel:

O-Ton
Tagesschau,
29.09.2004:
„Griechenland hatte der EU, nach Angaben der europäischen Behörden, jahrelang ein falsches Bild der wirtschaftlichen Lage präsentiert. Die Defizitobergrenze von drei Prozent beim Eurostabilitätspakt war demnach mehrfach überschritten worden."

Jahrelang falsche Zahlen, spätestens jetzt konnte es jeder wissen. Doch manch ein Politiker kann sich heute offenbar nicht mehr daran erinnern.

O-Ton
Renate Künast,
Grüne:
„Damals hat keiner von uns gewusst – egal welche Farbe die Regierung gehabt hat – dass die griechischen Daten nicht stimmen."

O-Ton
Alexander Dobrindt,
CSU:
„Man muss davon ausgehen, dass die Zahlen, die geliefert worden sind, ja auch so stimmen."

O-Ton
Armin Schuster,
SPD:
„In einer Familie herrscht das Grundprinzip Vertrauen und ich betrachte die europäische Familie als Familie."

Vertrauen? Obwohl die griechischen Zahlen ganz offensichtlich immer wieder frisiert sind?

Doch statt Strafen zu fordern, wettert Finanzminister Eichel lieber gegen die Brüsseler Bürokraten – und: Das Drei-Prozent-Kriterium.

O-Ton
Hans Eichel, SPD,
Bundesfinazminister,
September 2003:
„Das Defizitkriterium kann unter bestimmten Bedingungen und muss nicht unter allen Bedingungen eingehalten werden, das hängt von der wirtschaftlichen Lage ab."

O-Ton
Inge Gräßle, CDU,

EU-Haushaltskontrollausschuss:
„Die Finanzminister haben nichts unternommen, weil eine Krähe der anderen kein Auge aushackt. Das ist der große Schwachpunkt. Inzwischen verstoßen 14 von 16 Euroländern gegen den Stabilitätspakt – wer soll es denn durchsetzen? Und jeder weiß: Wenn ich darauf bestehe, bin ich als nächster dran."

Heute will er dazu nichts mehr sagen. Kein Interview für Panorama.

2008: Bankenrettung. Und Griechenland? Aus der Bankenkrise wird schnell eine Staatskrise. Griechenland schwimmt in Problemen, in großen Problemen. Auch er muss das gewusst haben: Finanzminister Peer Steinbrück. Doch er rettet die Banken, nicht Griechenland.

O-Ton
Heiner Flassbeck,
Chefvolkswirt,
UN-Handelskonferenz:
„Die Griechenlandkrise sozusagen ist durch die Mechanismen der Finanzkrise verstärkt worden jetzt, aber in den letzten Wochen und Monaten. Die Griechenlandkrise oder die Eurokrise war lange vorher abzusehen und hätte man längst angehen können. Man hätte sie nicht in den Schock der Finazkrise hineinlaufen lassen müssen und jetzt erst unter diesem Schock Notmaßnahmen ergreifen müssen. Hier sehe ich ganz klares Versagen der Politiker."

Gerne hätten wir mit ihm über Griechenland gesprochen. Doch dazu kein Interview für Panorama.

2010: Die Katastrophe. Griechenland ist fast pleite. Jetzt wird es vermutlich richtig teuer. Auch für Deutschland. Doch wer ist verantwortlich für das Desaster? Auf jeden Fall nicht die deutsche Politik, behaupten hier viele Abgeordnete – gebetsmühlenartig.

Frage
Panorama:
„Ist die deutsche Politik auch Schuld?"

O-Ton
Manfred Kolbe,
CDU:
„Das sehe ich primär nicht. Wir haben immer auf größere Stabilität in der Europäischen Union gedrängt und dass das richtig war, zeigt sich jetzt."

O-Ton
Eckhardt Rehberg,
CDU:
„Deutschland hat immer wieder vor und hinter den Kulissen darauf gedrungen, dass die Griechen die Karten offenlegen."

O-Ton
Lothar Binding,
SPD:
„Ich würde doch noch sagen, dass die Verantwortung 100 zu 1 zu Ungunsten der Finanzmärkte liegt und nicht zu Ungunsten der Regierung."

Bericht: T. Berndt, R. Bongen, J. Edelhoff J. Göbel, T. Roth,
Schnitt: S. Kammann, R. Wolf,